



<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2019/09/israel-discriminatory-measures-undermine-palestinian-representation-in-knesset/>

PRESSEMITTEILUNG

04. September 2019, 00:01 UTC

ISRAEL:

Diskriminierende Maßnahmen untergraben die Vertretung von Palästinensern in der Knesset

Laut einem neuen Bericht, den Amnesty International im Vorfeld der israelischen Wahlen vom 17. September 2019 herausgibt, werden gewählte palästinensische Abgeordnete, die ins israelische Parlament, die Knesset, einziehen, mit diskriminierende Regelungen und Gesetzen traktiert, die ihre Möglichkeiten untergraben, die Rechte der palästinensischen Minderheitsbevölkerung in Israel wirksam zu vertreten.

Der Bericht ***Gewählt, aber mit Einschränkungen – Schwindender Handlungsspielraum für palästinensische Parlamentarier in der israelischen Knesset*** beschreibt im Detail, wie das Recht auf freie Meinungsäußerung palästinensischer Knesset-Mitglieder durch diskriminierende Gesetzesänderungen, Gesetzentwürfe und Knesset-Regeln gefährdet wird. Er beleuchtet auch die hetzerische Rhetorik, die von Ministern der israelischen Regierung benutzt wird, um palästinensische Abgeordnete zu stigmatisieren, und enthüllt, wie Gesetzentwürfe, die von palästinensischen Parlamentariern vorgestellt werden, auf unfaire Weise und aus diskriminierenden Gründen in der Knesset gar nicht zur Diskussion kommen.

*„In der Knesset in Israel werden palästinensische Abgeordnete zunehmend mit diskriminierenden Angriffen konfrontiert. Obwohl sie genau wie ihre jüdisch-israelischen Amtskolleg*innen demokratisch gewählt sind, werden palästinensische Parlamentarier*innen zur Zielscheibe tief verwurzelter Diskriminierungen und unangemessener Einschränkungen, die ihre Möglichkeiten vereiteln, sich zum Schutz der Rechte des palästinensischen Volkes frei zu äußern,“* sagte Saleh Higazi, der stellvertretende Leiter der Abteilung Nahost und Nordafrika bei Amnesty International.

*„Angesichts der Tatsache, dass Israel systematische Menschenrechtsverletzungen an Palästinenser*innen in Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten begeht, ist es von überlebenswichtiger Bedeutung, dass palästinensische Stimmen im Parlament gehört, berücksichtigt und respektiert werden“*

Die zunehmenden Einschränkungen, denen palästinensische Knesset-Abgeordnete ausgesetzt werden, sind Teil eines Musters offenkundiger Diskriminierungen von palästinensischer Bürger*innen des Staates Israel durch die israelischen Behörden.

Palästinenser machen bis zu 20% der israelischen Bevölkerung aus, und obwohl ihre Rechte auf politische Teilhabe und Vertretung von Israel und durch das internationale Recht anerkannt sind, werden sie in der Praxis weit verbreiteten Diskriminierungen in Bezug auf ihre Bürgerrechte sowie bei der Unterkunft, Bildung und gesundheitlichen Versorgung ausgesetzt.

Israels "Nationalstaatsgesetz", das formell als *Grundgesetz: Israel – Der Nationalstaat des jüdischen Volkes* bezeichnet wird und im Jahr 2018 in Kraft trat, definiert Israel als den Nationalstaat des jüdischen Volkes. Damit wird die Ungleichheit und Diskriminierung von Nicht-Juden verfassungsmäßig verankert. Das Gesetz billigt ein Recht auf Selbstbestimmung ausschließlich der jüdischen Bevölkerung zu und hält fest, dass eine Einwanderung, die automatisch zur Verleihung der israelischen Staatsbürgerschaft führt, alleine Juden vorbehalten ist. Darüber hinaus wird der Bau jüdischer Siedlung ausdrücklich im Gesetz befördert, während der Status der arabischen Sprache als offizielle Amtsprache aufgehoben wurde.

In den vergangenen Jahren haben die israelischen Behörden ihre polarisierende Rhetorik gegen Minderheiten und marginalisierte Gemeinden nach und nach verschärft und damit den Raum für diejenigen eingeengt, die sich zugunsten der Rechte von Palästinenser*innen aussprechen. So werden palästinensische und israelische Menschenrechtsverteidiger*innen, zivilgesellschaftliche Organisationen und auch internationale Gruppen wie Amnesty International von israelischen Behörden bedroht und diffamiert.

OFFENKUNDIGE DISKRIMINIERUNG IN DER KNESSET

Amnesty International hat eine Reihe von legislativen Veränderungen, Regulierungen und Praktiken in der Knesset festgestellt, die der Diskriminierung palästinensischer Abgeordneter Raum schaffen. So wurde zum Beispiel im Jahr 2016 eine Gesetzesänderung verabschiedet, die es Knesset-Mitgliedern ermöglicht, gewählte Parlamentarier*innen per Mehrheitsbeschluss aus der Knesset zu verbannen. Daraus folgt, dass Abgeordnete, die friedliche politische Ansichten oder Meinungen äußern, die eine Mehrheit in der Knesset für inakzeptabel hält, mit einem Ausschluss aus dem Parlament zu rechnen haben könnten. Eine palästinensische Knesset-Abgeordnete beschrieb die Gesetzesänderung als *„ein Schwert, das von Knesset-Mitgliedern, die uns politisch entgegenstehen, über unseren Köpfen geschwungen wird“* und ließ dabei durchblicken, dass die Änderung des Gesetzes wohl von vornherein darauf abzielte, palästinensische Parlamentarier einzuschüchtern und sie zum Schweigen zu bringen.

Der Bericht beleuchtet auch die offenkundig diskriminierenden Haltungen und die polarisierende Rhetorik, die von israelischen Politikern gegen ihre palästinensischen Amtskollegen zum Einsatz gebracht wird. Israels Premierminister Benjamin Netanyahu sagte öffentlich: *„Israel ist kein Staat für alle seine Bürger ... es ist allein der Nationalstaat des jüdischen Volkes“*, und er behauptete, dass die palästinensischen politischen Parteien versuchten, den Staat Israel auszulöschen.

In der Absicht, palästinensische Knesset-Abgeordnete und ihre Arbeit zu delegitimieren, setzen hochrangige israelische Regierungsvertreter und Mitglieder der Knesset-regelmäßig aufstachelnde und stigmatisierende sprachliche Mittel ein, um ihre palästinensischen Amtskollegen negativ darzustellen. Palästinensische Knesset-Abgeordnete, die es wagen israelische Politiken zu kritisieren, werden als "Verräter" etikettiert und mit Rufen nach ihrer "Ächtung" oder mit der Forderung, dass man sie wegen "Landesverrats" vor Gericht stelle, konfrontiert.

Knesset-Regeln, die ursprünglich dazu gedacht waren, ethische Verhaltenspraktiken unter den Abgeordneten durchzusetzen, werden jetzt missbraucht, um das Recht auf freie Meinungsäußerung von palästinensischen

Knesset-Mitgliedern unangemessen zu beschränken. Im Jahr 2018 wurden die Ethik-Regeln der Knesset dahingehend verändert, dass Auslandsreisen fortan ausgeschlossen wurden, wenn sie mit Zuwendungen einer Stelle finanziert werden sollten, die „zu einem Boykott des Staates Israel aufruft“. Infolgedessen wurden zwei palästinensische Knesset-Abgeordnete daran gehindert, mithilfe finanzieller Unterstützungsleistungen von Nichtregierungsorganisationen, die auf einer "schwarzen Liste" der israelischen Regierung standen, ins Ausland zu reisen. Amnesty International hat nie zu einem bestimmten Boykott aufgerufen oder einen solchen unterstützt. Die Organisation betrachtet aber das Recht, zu einem solchem Boykott aufzurufen oder sich daran zu beteiligen, als eine Form der freien Meinungsäußerung, die auch von den israelischen Behörden respektiert und geschützt werden muss.

Amnesty international's Bericht enthüllt zudem, dass seit dem Jahr 2011 mindestens vier Gesetzentwürfe, die mit Rechten von Palästinenser*innen in Zusammenhang stehen, wie etwa das Recht auf Teilhabe am öffentlichen Leben, durch das Knesset-Präsidium ad acta gelegt wurden, noch ehe sie zur Diskussion ins Parlament gelangten.

*„Die israelische Knesset muss – angefangen mit dem "Nationalstaatsgesetz" – alle gesetzlichen Regelungen, die der Diskriminierung palästinensischer Knesset-Abgeordneter und anderer palästinensischer Bürger*innen Israels Raum verleihen, dringend außer Kraft setzen oder sie überarbeiten,“* sagte Saleh Higazi

*„Die israelischen Behörden müssen den diskriminierenden Einschränkungen gegen palästinensische Knesset-Mitglieder ein Ende setzen und sicherstellen, dass deren Recht auf freie Meinungsäußerung Bestand behält. Und sie müssen aufhören, gewählte Knesset-Abgeordnete, die für Menschenrechte und Gleichheit eintreten, durch hetzerische Rhetorik auszugrenzen und die Feindseligkeit gegenüber Palästinenser*innen generell zu schüren.“*